

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 27.05.2010	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat II Amt: Amt für Familie, Kin- derbetreuung und Sport	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☐ ☐	Dezernat I Dezernat V ☐ OBW bei abschl. Beschluss- fassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☐ ☐	Vorlage-Nr. 2010/0184 Magistratsbeschluss-Nr.

Betreff: Förderung betriebsnaher Kinderbetreuung im U 3-Bereich

Vorlage vom: 20. 4.2010

Beschlussvorschlag:

- I. Dem beschriebenen Finanzierungsmodell zur Förderung betriebsnaher Kinderbetreuung im U 3-Bereich wird zugestimmt.
- II. Über die Bereitstellung der erforderlichen städtischen Haushaltsmittel für die Anschlussfinanzierung wird im Einzelfall entschieden.

Anlagen:

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 20.04.2010:

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt hat es sich zum Ziel gesetzt, eine familienfreundliche und wirtschaftsstarke Stadt zu sein. Familienfreundlichkeit und in Folge die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist damit ein wichtiger Standortfaktor für Darmstadt. Dies wird auch durch die Bürgerumfrage von 2006 gestützt. Dort nahmen die Themen Kinderbetreuung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf Platz 2 und 3 ein (Platz 1 Arbeitsplatzsicherheit).

Der vom Magistrat am 4.3.2009 beschlossene Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige bis zum Jahr 2013 um 500 Plätze im Kindertagesstättenbereich und um 100 Plätze in Tagespflege ist ein wichtiger Meilenstein bei der Erreichung dieses Ziels.

Ein Teil des geplanten Ausbaus des Betreuungsangebots soll sich gemäß dieses Beschlusses am Arbeitsplatz in Form von betriebsnahen Einrichtungen orientieren.

Diese Zielsetzung der Wissenschaftsstadt Darmstadt geht Hand in Hand mit der Erkenntnis bei Unternehmen, dass familienfreundliche Maßnahmen einen wichtigen Beitrag dazu leisten, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen und an sich zu binden. Der demographische Wandel und der Fachkräftemangel werden verstärkt Motor für den Ausbau familienfreundlicher und –bewusster Maßnahmen an Unternehmen sein. Die Bereitstellung betrieblicher Kinderbetreuung bildet einen Baustein solcher Maßnahmen.

Strategisch wird der betriebsnahe Ausbau des Betreuungsangebots für die unter Dreijährigen durch ein Förderprogramm aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt. Das Programm richtet sich an alle Wirtschaftsunternehmen, Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen und privaten Rechts, die für ihre Beschäftigten – bei Hochschulen auch für die Studierenden – Betreuungsplätze für unter Dreijährige einrichten möchten. Ziel des Programms ist es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit auch die berufliche Chancengleichheit von Frauen und Männern zu erhöhen.

Durch das Programm erfolgt eine Anschubfinanzierung für bis zu zwei Jahre in Höhe von maximal 50 % der zuwendungsfähigen Betriebskosten. Die maximale Obergrenze beträgt dabei 6.000 Euro pro Platz und Jahr. Die Unternehmen sind bei Inanspruchnahme des Förderprogramms verpflichtet, mindestens 25 % der zuwendungsfähigen Betriebskosten zu übernehmen. Eine Kombination mit öffentlichen Mitteln der Länder und Kommunen zur Kofinanzierung der Betriebskosten ist seit dem 1.10.2009 möglich. Die Förderung sollte bis spätestens 1. Januar 2011 beginnen.

Um Unternehmen in Darmstadt für eine Beteiligung an dem Ausbau von Betreuungsplätzen für die unter Dreijährigen anzuwerben, sichert die Wissenschaftsstadt Darmstadt den Unternehmen bei Inanspruchnahme der ESF-Mitteln nach Ablauf des Förderprogramms eine Anschlussfinanzierung zu. Diese soll in Höhe von max. 50 % erfolgen, bei gleichzeitiger Verpflichtung der Unternehmen sich an den Kosten mit mindestens 25 % zu beteiligen. Die Beteiligung an den Betriebskosten in Höhe von max. 50 % orientiert sich an den nicht durch anderweitige Einnahmen gedeckten Ausgaben (insbesondere der Landesmittel) und an dem durchschnittlichen Darmstädter Erfahrungswert.

Die Anschlussfinanzierung an die Förderung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds durch die Wissenschaftsstadt Darmstadt ist an folgende Bedingungen geknüpft:

1. Die maßgebliche Beteiligung der Betriebe an der Finanzierung der Betreuungsangebote (mind. 25 % der zuwendungsfähigen Betriebskosten) wird fortgesetzt.
2. Mindestens 50 % der neu geschaffenen Plätze sollen mit Kindern der Beschäftigten belegt, die einen Wohnsitz in Darmstadt haben.
3. Bis zu 50 % der belegten Plätze werden unabhängig vom Wohnort der Kinder bezuschusst. Die Refinanzierung des städtischen Betriebskostenzuschusses erfolgt durch den Kostenausgleich gemäß § 28 HKJGB.
4. Die Unternehmen verpflichten sich zu weiteren Maßnahmen der familienorientierten Personalpolitik, wie sie beispielsweise im Rahmen des Audits Beruf und Familie aufgeführt sind (z.B. flexibilisierte Arbeitszeitmodelle, Telearbeit etc.).

5. Durch das Betriebserlaubnisverfahren erhält die Wissenschaftsstadt Darmstadt Kenntnis über das geplante Projekt. Bereits zu diesem Zeitpunkt erklären die Firmen ihre Absicht die Anschlussfinanzierung in Anspruch zu nehmen. Die Zustimmung der Wissenschaftsstadt Darmstadt ist Voraussetzung für die städtische Bezuschussung.

Modellhaft könnten sich die Betriebskosten eines Betreuungsplatzes als betriebsnahes Angebot bei einer Öffnungszeit von mehr als 7 Stunden wie folgt zusammensetzen:

Phasen	Betriebskosten ~ 13.000 € pro Jahr/Platz (durchschnittlicher Darmstädter Erfahrungswert)		
Phase I	ESF-Mittel	5.190 €/Jahr	(max. 6.000 €/Jahr)
	Land Hessen	3.000 €/Jahr	
	Elternbeiträge	1.560 €/Jahr	
	Unternehmen	3.250 €/Jahr	
Phase II	Land Hessen	3.000 €/Jahr	
	Darmstadt	5.190 €/Jahr	
	Elternbeiträge	1.560 €/Jahr	
	Unternehmen	3.250 €/Jahr	

Darmstadt, 20.04.2010

52 Ste-Vö

Dezernat I

Dezernat II

Dezernat V

Walter Hoffmann
Oberbürgermeister

Wolfgang Glenz
Bürgermeister

Jochen Partsch
Stadtrat